



34. Protokoll

über die am Donnerstag, den 13.09.2018, unter dem Vorsitz von Dipl. Ing. (FH) Daniel Stern abgehaltene Sitzung des Gemeinderates.

Beginn 19.30 Uhr

Ende: 21.04 Uhr

Anwesende:

Dipl. Ing. (FH) Daniel Stern
Dr. Angelika Eigentler
Ing. Reinhard Engl
Walter Jenewein
Dr. Reinhold Kafka-Ritsch
Thomas Leitgeb
Franz Obex
Johann Pittl
Ramon Ram, BA
Regina Spatzier
Richard Spatzier
Dipl. Ing. Alexander Fasser
Karl Pajk

Vertretung für Herrn Gerhard Rofner
Vertretung für Herrn Dipl. Ing. Andreas Hammer

Entschuldigt:

Dipl. Ing. Andreas Hammer
Gerhard Rofner

Schriftführer:

Mag. Andrea Moser

TAGESORDNUNG:

- 1) Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.09.2018
- 2) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe einer Wohnung im SWP
- 3) Beratung und Beschlussfassung über die Vereinbarung zum neuen Standort "Salzsi-lo"
- 4) Gemeindegutsagrargemeinschaft
 - 4.1) Bericht des Substanzverwalters
 - 4.2) Beratung und Beschlussfassung über den Verzicht auf das Vorkaufsrecht bzgl. GstNr. 1179/24 (Medicar)
- 5) Beratung und Beschlussfassung über die Kündigung des Bewirtschaftungsübereinkommens zw. Gemeinde und den Nutzungsberechtigten
- 6) Kurzberichte aus den Ausschüssen
 - 6.1) Bau- und Raumordnung



- 6.2) Infrastruktur
- 6.3) Kultur
- 7) Anträge, Anfragen und Allfälliges

Erledigung:

Bgm. Stern begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Zuschauer. Sodann wird DI Alexander Fasser als EGR angelobt.

Zu 1)

Bgm. Stern erklärt, dass die von GR Kafka-Ritsch in der letzten Sitzung ausgeteilte Unterlagen noch ins Protokoll eingearbeitet wurde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 10 Stimmen gegen 3 Stimmen (Enthaltungen wegen Abwesenheit (Fasser, Pajk, Jenewein) das Protokoll zu genehmigen.

Zu 2)

Bgm. Stern übergibt das Wort an GR Ram. Dieser führt aus, dass die letzte Bewerberin die Wohnung nicht nehmen wollte und diese daher neu zur Vergabe steht. Keine der gelisteten Interessenten/Interessentinnen erfüllt die Vergabekriterien zur Gänze. Der Vergabevorschlag des Infrastrukturausschusses lautet einstimmig für Fr. Helga Ahle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Wohnung an Fr. Helga Ahle zu vergeben.

Zu 3)

Bgm. Stern erklärt nochmals den geplanten Standort für den Salzsilo und ergänzt, dass sich nunmehr auch die Gemeinde Fulpmes beteiligen möchte. Die vorliegende Vereinbarung wurde nun für die drei Gemeinden (Telfes, Fulpmes, Mieders) und das Land Tirol aufgesetzt. GV Eigentler fragt nach, ob dann die Gemeinde Fulpmes ihr Salz auch von diesem Silo holen möchte. Bgm. Stern bejaht dies.

GR Jenewein fragt nach, ob mit dem Betreiber der Tankstelle gesprochen wurde, ob der Standort auch für diesen in Ordnung geht und keine Probleme mit dessen Anlagen zu befürchten sind. Hiezu führt Bgm. Stern aus, dass er davon ausgeht, dass dies das Land als Projektant abzuklären hat. GR Jenewein möchte bestätigt haben, dass seitens der Tankstelle keine Probleme auftreten werden. Seiner Ansicht nach sollte der Betreiber der Tankstelle auch Vertragsteil sein. Er schlägt vor, dass nochmals ein Gespräch mit dem Betreiber der Tankstelle geführt und die Frage aufgearbeitet wird.

Eine Aufnahme des Tankstellenbetreibers als Vertragspartner in den Vertrag wie von GR Jenewein vorgeschlagen hält Bgm. Stern nicht für zielführend.



Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig dem Abschluss des vorliegenden Vertrages zuzustimmen.

Zu 4)

Zu 4.1)

Der Substanzverwalter berichtet wie folgt:

Wie bei der Sitzung am 05.07.2018 berichtet habe ich am 13.07.2018 die Kostenzusammenstellung HHE für Restarbeiten die noch auf die GGAG zukommen erhalten.

Zusammenstellung Ing. Sprenger Thomas: ca. 180.000,00 € netto

- 11.07.2018: Begehung Waldweg Holzgasse Richtung Moos
Anwesend: SV Richard Spatzier, Agrar-Obmann Gotthard Jenewein, Mag. Moser Martin und Mag. Isabella Sperlich-Moser
Betreff: Gestattungserklärung für Nutzung des Waldweges Holzgasse Richtung Schönberg um die ausschließliche Bringung von Baumaschinen wie Bagger und Klein-LKW für die Errichtung einer Steinschlichtmauer, auf Gst 670/11, Moos 16, bis längstens 30.11.2018. Gestattungsvereinbarung hat die GGAG
- 17.07.2018: Rodelbahn Sonnenstein Verhandlung im Gemeindesaal
- 17.07.2018: Besprechung mit Günther Filz wegen Servitutsweg HHE
- 18.07.2018: Verhandlung Wasserversorgungsanlage neu im Gemeindesaal
- 06.08.2018: Vorstellung des neuen Waldwirtschaftsplans für die Jahre 2017 bis 2036 im BM Büro mit Ing. Erwin Stockhammer vom BFI und Waldaufseher Gerhart Eberl
- 05.09.2018: Besprechung wegen Grundtausch Gotthard Jenewein und GGAG und Walter Jenewein wegen Servitutsweg GPS
- 06.09.2018: Agrar-Sitzung im Widum wegen Beschluss Waldwirtschaftsplan
Anwesend: Obmann Gotthard Jenewein, Anna Jenewein-Illmer, Zorn Hermann, Matthias Hammer, Johann Pittl und Gerhard Rofner, SV-StV Bgm Daniel Stern, SV Richard Spatzier; Nicht anwesend: Simon Nagiller
Zum Protokoll der Ausschuss-Sitzung teilt GR Richard Spatzier mit, dass er die Aussage, dass die Bauern nach der Kündigung des Bewirtschaftungsübereinkommens für den Auftrieb der Tiere zahlen müssen, nicht getätigt hat. Er möchte eine Richtigstellung des Protokolls.
- Feuerbeschau Ochsenhütte und Koppeneck: Es müssen einige Arbeiten durchgeführt werden; Bescheide liegen beim SV;
- Zaun HHE bei Polaschek wurde wieder geschlossen, es wurde ausdrücklich von mir untersagt den Zaun ohne Wissen der GGAG zu öffnen.
- Bauaushub Schallhart-Köll muss vom GGAG-Grund entfernt werden, was aber zur jetzigen Zeit so lange der Kran steht nicht möglich ist.
- Die Brücke über die Sommerodelbahn wird in Zusammenarbeit zwischen GGAG und Serlesbahnen repariert werden.

GV Leitgeb fragt nach, ob es stimme, dass eine Neuregulierung gemacht worden sei. SV Richard Spatzier erklärt, dass diese derzeit ausgearbeitet wird, jedoch noch nicht abgeschlossen ist.



Zu 4.2)

GR Richard Spatzier führt aus, dass die Firma Medica beabsichtigt, einen Teil des GStNr. 1179/24 an die Fa. Sykora zu verkaufen. Hierfür müsste die GGAG Mieders auf ihr Vorkaufsrecht verzichten. Im Kaufvertrag mit der Fa. Sykora soll dieses dann wieder aufgenommen werden.

GR Kafka-Ritsch fragt, ob die Fläche zur Ansiedlung einer Firma gedacht sei. Dies bejaht GR Richard Spatzier. Es werden Erschließungskosten und Kommunalsteuer für die Gemeinde anfallen.

GR Jenewein teilt mit, dass dies grundsätzlich kein Problem sei und lässt sich nochmal bestätigen, dass das Vorkaufsrecht der GGAG wieder eingetragen wird.

Bgm. Stern ergänzt, dass der Verkaufspreis dem damaligen Kaufpreis entsprechen wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig der Löschung des Vorkaufsrechts für GStNr. 1179/24 zum Zweck des Verkaufes an die Fa. Sykora zuzustimmen. Dies mit dem Vorbehalt, dass das Vorkaufsrecht für die GGAG sodann im Kaufvertrag mit der Firma Sykora wieder enthalten ist und wieder eingetragen wird.

Zu 5)

Bgm. Stern ersucht die anwesenden Zuschauer trotz des durchaus emotionalen Themas ruhig zu bleiben und den Gemeinderat in Ruhe beraten zu lassen. Er schlägt vor, den Obmann Gotthard Jenewein, welcher sich unter den Zuschauern befindet, zu Beginn seine Sicht schildern zu lassen. Der Gemeinderat ist einstimmig damit einverstanden, dass der Obmann Gotthard Jenewein zu Beginn seine Sicht darlegen darf.

Obmann Jenewein führt aus, dass man sich bei Abschluss des Bewirtschaftungsübereinkommens (BÜ) sehr viel Gedanken gemacht habe. Die Agrar habe viel für das Dorf getan und viele werden die Kündigung mit Bedauern sehen. Seiner Ansicht nach hat die Vereinbarung für Frieden im Dorf gesorgt. Weiters teilt er mit, dass die Unwetter 2017 große Schäden am Wegenetze verursacht hätten. Bgm. Stern habe sich diesbezüglich nie mit ihm in Verbindung gesetzt.

GV Leitgeb führt aus, dass im Portal nur der Vertrag zur Verfügung gestanden sei und keine weitere Unterlagen um beurteilen zu können, was gut und schlecht gelaufen sei.

Bgm. Stern erklärt, dass er seine Wertschätzung für die Landwirte immer zum Ausdruck gebracht habe. Einzelne haben sich sehr dafür eingesetzt und Leistungen erbracht, damit etwas erreicht wurde. Es geht bei der Kündigung des Bewirtschaftungsübereinkommens nicht darum zu signalisieren, dass die Bauern nicht mehr gebraucht werden. Aber es ist die Aufgabe aller Gemeinderäte zu überlegen und dafür zu sorgen, dass es funktioniert. Den Vorwurf es sei im Vorfeld nie mit den Bauern gesprochen worden, möchte er so nicht stehen lassen und verweist auf Gespräche vor allem im Zuge der Betriebsprüfung.

Bgm. Stern fragt alle Gemeinderäte, wer von den Gemeinderäten zum Zeitpunkt des Abschlusses des BÜ von der laufenden Betriebsprüfung gewusst habe. Keiner der Gemeinderäte meldet sich. Sodann teilt GR Jenewein mit, dass der damalige SV und Bürgermeister Manfred Leitgeb dies im Gemeinderat mitgeteilt habe und er davon gewusst habe.



Weiter fragt Bgm. Stern ob sich alle Gemeinderäte darüber einig seien, dass höchstgerichtliche Erkenntnisse anzuerkennen seien. GR Jenewein führt aus, dass das BÜ mit dem Land abgestimmt sei und auch Bgm. Stern damals dafür gestimmt habe. Bgm. Stern wiederholt seine Frage. GV Leitgeb verweist auf die Angelobung.

Zuletzt fragt Bgm. Stern für wen die Gemeinderäte tätig sind. GR Jenewein erklärt, dass dies ganz klar sei, für alle Gemeindebürger, auch für die Bauern.

Bgm. Stern führt aus, dass 2015 das Abkommen abgeschlossen wurde um Frieden im Dorf zu haben. Man habe damals nach bestem Wissen auf diverse Empfehlungen die Vereinbarung abgeschlossen. Im vergangenen Jahr haben sich die Substanzverwalter(Stellvertreter) zusammen mit Experten intensiv damit auseinandergesetzt, wie man vorgehen kann, damit die Zusammenarbeit funktioniert und den Gesetzen entsprochen wird. Er zählt Punkte auf, welche in der Vergangenheit nicht funktioniert haben (Zahlungsfluss Pacht Ochsenhütte, Unterlagen Schlägerungen und Holzverkäufe etc.). Die Aussagen diverser Stellen sind klar, dass das Bewirtschaftungsübereinkommen bzw. dessen Ausführung nicht dem Gesetz entsprechen.

Zur Frage, wie es nach einer allfälligen Kündigung weitergehen würde, führt Bgm. Stern aus, dass dies entsprechend dem TFLG zu sein hat.

GR Obex teilt mit, dass er sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe seit er SV-Stellvertreter ist und durch viele Gespräche sich nun wesentlich besser auskenne als vorher. Das Bewirtschaftungsübereinkommen funktioniert nicht. Er ist überzeugt, dass die Kündigung für die einzelnen Bauern keinen Nachteil darstellen wird.

Bgm. Stern ist überzeugt, dass auch nach der Kündigung ein gemeinsamer Weg gefunden werden kann. Für einen Vertrag braucht es die Zusammenarbeit zweier Seiten, weshalb Verträge auch die Möglichkeit der Kündigung beinhalten. In der Vergangenheit konnte trotz mehrfacher Versuche in wesentlichen Punkten keine Richtigstellung erreicht werden.

GV Leitgeb führt aus, dass er damals nicht für den Abschluss gestimmt habe. Er habe aber in der Zwischenzeit dazu gelernt und mit einigen Bauern gesprochen. Er fragt den Bürgermeister, ob man davon ausgehe, dass auch nach der Kündigung des Bewirtschaftungsübereinkommens nach wie vor Bauern freiwillige Arbeit leisten werden. GV Leitgeb ist nunmehr der Auffassung, dass es richtig und wichtig war, das Übereinkommen damals abzuschließen.

VBgm. Engl erklärt, dass es mehrfache Aufforderungen von Seiten der Agrarbehörde und der Finanzbehörde zur Richtigstellung gewisser Punkte gegeben habe. Entsprechende Gespräche und Schriftverkehr mit dem Obmann waren nicht zielführend.

GR Jenewein beharrt darauf, dass das Bewirtschaftungsübereinkommen mit der Agrarbehörde abgestimmt und von dieser genehmigt wurde.

GR Kafka-Ritsch führt aus, weshalb die Ausführung des Bewirtschaftungsübereinkommens nicht dem Gesetz entspricht. Weiters weist er darauf hin, dass ein Bewirtschaftungsübereinkommen von der Agrarbehörde nicht gefordert wird, sondern ein Experte im Rahmen des Fortbildungsseminars für Gemeinderäte sogar abgeraten hat ein solches zu machen. Die Weigerung die Pachtzahlungen der Ochsenhütte über die GGA abzuwickeln führt zu Steuernachzahlungen mit finanziellen Schäden für alle Gemeindebürger. Die gelebte Praxis in Mieders ist für ihn intransparent. Die Substanzberechtigten glauben aufgrund des Bewirtschaftungsübereinkommens wie ein Staat im Staat agieren zu können.

GR Ram erklärt, dass ein Gesetz (TFLG) besteht, welches einem gefallen mag oder auch nicht, und dieses einzuhalten ist. Es kann und darf nicht sein, dass an einem Bewirtschaftungsübereinkommen festgehalten wird, welches zu einer steuerlichen Belastung für die Gesamtheit und im schlimmsten Fall für jeden Einzelnen führt.



VBgm. Engl ergänzt, dass bei der Beschlussfassung 2015 Dr. Obwexer eindeutig darauf verwiesen hat, dass eine Zustimmung der Agrarbehörde zum Bewirtschaftungsübereinkommen nicht erforderlich ist. Seitens der Agrarbehörde wurde der Gemeinde keinesfalls zum Abschluss des Übereinkommens geraten.

GV Leitgeb schlägt vor das Bewirtschaftungsübereinkommen zu adaptieren. Er ist der Meinung, dass nur der Bürgermeister und der Obmann nicht miteinander können. Er bedauert, dass der Obmann nunmehr nicht mehr sprechen darf, dies auch deshalb, da seiner Ansicht nach seitens im Zuge der Diskussion schwere Vorwürfe gegen den Ausschuss und den Obmann geäußert wurden. Die Frage von GV Leitgeb, ob es eine Gegenüberstellung der für die Arbeiten (Aufforstung, Wege) anfallenden Kosten vor und nach der Kündigung des BÜ gäbe, wird von Bgm. Stern vernein. GR Pittl wäre auch für die Adaptierung des Übereinkommens und möchte den Obmann nochmals sprechen lassen. Er fragt Bgm. Stern, weshalb er sich bei der letzten Ausschusssitzung geweigert habe, über die Kündigung des BÜ zu sprechen. Bgm. Stern teilt mit, dass es für ihn nach mehrfachen ergebnislosen Gesprächsversuchen (persönliche sowie auch im Beisein der Steuerberater, bei der Agrarbehörde etc.) in der Vergangenheit nicht die Zeit und der Ort gewesen sei. Es war seit langem bekannt, dass essentielle Dinge richtiggestellt werden mussten, was dennoch nicht gelungen ist. GR Pittl bemängelt, dass die Einladung zur GR-Sitzung mit dem TOP „Kündigung BÜ“ 10 Minuten nach Ende der Ausschusssitzung der Agrar versendet wurde.

GR Jenewein bedauert, dass eine mit viel Aufwand getroffene Vereinbarung gekündigt werden soll. Bei einem Schadensereignis wie 2017, bei welchem viele Wege beschädigt bzw. zerstört wurden, werden ohne Bewirtschaftungsübereinkommen horrenden Kosten auf die Gemeinde zukommen. Weiter findet er schade, dass man sich nicht an einen Tisch gesetzt hat um über die Angelegenheit zu sprechen. Seiner Ansicht nach geht es rein um Macht. Nach Kündigung des Übereinkommens wird das gute Zusammenleben zerstört sein und dafür ist seiner Ansicht nach der Bürgermeister verantwortlich.

Für GR Eigentler ist vor allem Transparenz wichtig und diese war für sie in dieser Angelegenheit bis dato nicht gegeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 8 Stimmen gegen 5 Stimmen (Enthaltungen: Fasser, Pajk; Gegenstimmen: Pittl, Leitgeb, Jenewein) die Kündigung des Bewirtschaftungsübereinkommens.

Zu 6)

Zu 6.1)

VBgm. Engl führt aus: Die Überarbeitung des ÖROK wurde vorbereitet und ausgearbeitet und sollte in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung kommen.

Das Projekt Linksabbieger Moos wurde überarbeitet und vom Land genehmigt. Es wird nunmehr die Mitteilung ans Land ergehen, dass die Gemeinde dieses Projekt weiterverfolgen möchte.

Zu 6.2)

Keine Wortmeldungen.



Zu 6.3)

GV Leitgeb reflektiert die Veranstaltung des Kabarettisten Koschuh. Am 14.09. wird der Flohmarkt des katholischen Familienverbandes sein und am 06. und 07.10. die Kleintierschau.

Zu 7)

Punkte Bgm:

- Weg unter der Brücke Watschbichl: Hang ist gerutscht, Kanal fiel ins Gegengefälle, das Wasser wurde herausgedrückt und lief den Hang hinunter; dadurch wurde der Weg stark beschädigt; es fanden sofort Besichtigungen und Erstmaßnahmen statt sowie in weiterer Folge die Abstimmung mit dem Land; der Fuß der Brücke wird vom Land repariert werden; das Gefälle vom Kanal wurde bereits provisorisch gerichtet
- Aktion Pedi Bus ist gestartet; Rückmeldungen sind sehr positiv
- Stubai wurde 1. Klimabündnistal
- Verschiebung Gemeinderatssitzung auf den 11.10.2018
- 23.10.2018 Gemeinderatssitzung zum Thema Strategie Stubai
- 24.09.2018 Soll-Workshop Audit familienfreundliche Gemeinde

Punkte Gemeinderäte

- GR Pittl ersucht darum, ein Hinweisschild zur Sperre des Weges unter der Brücke Watschbichl aufzustellen
- GR Obex erklärt, dass er sein Mandat aufgrund bekannter Unstimmigkeiten mit dem Listenführer künftig als freier Mandatar ausüben wird

Die Gemeinderäte:

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

